

## EXTRA: Ortsumfahrung – der Bürgerentscheid kommt

Bilder: Smiljka Pavlović  
Text: Hans Pöschko



Einig war sich der Rudersberger Gemeinderat in der wieder gut gefüllten Gemeindehalle, als es um die Art der Fragestellung beim Bürgerentscheid ging. Gefragt wird am 23. September, ob sich die Gemeinde für die vorliegende Ortsumfahrungsplanung aussprechen soll. Die Alternative wäre gewesen: Soll sich die Gemeinde gegen die Planung aussprechen?

# Gemeinderat will nicht drei Jahre warten

Kaufmann-Vorschlag, Auswirkungen des B-14-Ausbaus abzuwarten, hatte keine Chance / Entscheid am 23. September

**Rudersberg.  
Am Widerstand der FWV- und der CDU-Fraktion gescheitert ist der neue Rudersberger Bürgermeister Martin Kaufmann mit seinem Vorschlag, den Planungsprozess für die Ortsumfahrung zu unterbrechen, bis die B 14 um Winnenden in Betrieb ist, und den Bürgerentscheid so lange hinauschieben. Was bedeutet: Die Bürger entscheiden am 23. September über die Planung.**

Der von Kaufmann vorgestellte „Lösungsweg“ sah außerdem vor, dass für den Fall, dass die Ortsumfahrungsplanung nach einem Bürgerentscheid weiterverfolgt wird, zunächst einmal ein faunistisches Gutachten für eine mögliche Rudersberger Westumfahrung auf Kosten der Gemeinde erstellt wird. Anschließend sollte die Planung unter Einbeziehung der Westumfahrung und für diesen Teil wiederum auf Kosten der Gemeinde wieder aufgenommen werden.

„Es muss mal wieder Ruhe einkehren“, begründete der Vorsitzende der FWV-Fraktion, Dietmar Knödler, warum er und seine Fraktion nicht bereit seien, die Planung für drei Jahre zu unterbrechen. Jeder wisse jetzt, „wo's lang geht“, sagte Knödler mit Blick darauf, dass es laut Regierungspräsidium keine Alternative zur (modifizierten) Anfahrtrasse gebe und dass von Seiten des Regierungspräsidenten unmissverständlich deutlich gemacht worden sei, dass in Rudersberg nicht weitergeplant werde, wenn diese Trasse abgelehnt werde. Insofern, so Dietmar Knödler, gebe es „gewisse Zwänge“. Andererseits sei er sich sicher, dass ungeachtet einer fertigen Planung in ein paar Jahren niemand einen Baubeschluss fassen würde, wenn eine ausgebaute B 14 tatsächlich eine spürbare Entlastung für die Rudersberger Ortskerne bringen würde. Der FWV-Fraktionschef sprach von einer „prekären Situation, in der der Bürger entscheiden muss“. Und davon abgesehen, dass dieser Bürgerentscheid von den Bürgern gewünscht worden sei, habe sich auch der Gemeinderat immer vorbehalten, einen Bürgerentscheid durchzuführen. „Dieser Antrag würde spätestens heute Abend vom Gemeinderat kommen“, behauptete Knödler. Und er fügte hinzu, seine Fraktion wolle sich keineswegs um eine Aussage zur Ortsumfahrung drücken. Sie erfolge „rechtzeitig

vor dem Bürgerentscheid“. Auf den Hinweis von Bürgermeister Kaufmann, alle drei Ortschafträte hätten die Ortsumfahrungsplanung abgelehnt, ging Knödler nur mit der Bemerkung ein, es sei nicht der Gemeinderat gewesen, der die Ortschafträte zu einer Stellungnahme aufgefordert habe.

Im Wesentlichen der Auffassung Knödlers schloss sich CDU-Gemeinderat Lion Jeutter an. „Wir haben gesehen, dass es nur eine Variante gibt, und sollten diesen Weg jetzt gehen“, sprach auch er sich für einen Bürgerentscheid am 23. September aus. Einerseits, weil „es die Gemeinde vor eine Zerreißprobe stellen würde“, wenn damit noch Jahre gewartet würde, andererseits,

weil's schon fraglich sei, ob der Gemeinderat das Recht habe, ein in die Wege geleitetes Verfahren zu ändern, nur weil es vielleicht nicht in die gewünschte Richtung laufe. Nach seinem Demokratieverständnis sei ein Bürgerentscheid „Basisdemokratie schlechthin“, äußerte sich FWV-Gemeinderat Gerhard Birzele, der nicht an Erkenntnissen über Lautstärke, sondern über Mehrheiten interessiert ist. Im Übrigen könne er, sagte Birzele, jederzeit sein persönliches Votum zur Straße abgeben, aber er wolle „dem Bürger nicht vorgreifen“.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion, Eva Schaaß, erinnerte die beiden anderen Fraktionen an ihre frühere eindeutige Stellung-

nahme, dass sie der nach wie vor einzigen Trassenvariante auf keinen Fall zustimmen könnten. Zumal dann, wenn es keine verlässliche Zusage für eine Westumfahrung Rudersberg gebe. Und tatsächlich, so Eva Schaaß, seien bei der vorliegenden Planung, die allenfalls für Michelau in der Summe eine Entlastung bringe, „positive Aspekte schwer nachweisbar“. Die Konsequenz aus alledem müsste nach Ansicht von SPD-Gemeinderat Bernd Wessel lauten: „Wir machen unseren Job und lehnen die Planung ab.“ Wenn sich die Mehrheit im Gemeinderat ihrer Verantwortung nicht stelle und gleichwohl am Bürgerentscheid festhalte, dann auch, um die Schuld an einer wie auch immer gearteten Entscheidung auf den Bürger abzuwälzen, verurteilte Wessel und beklagte, dass in der Vergangenheit auch nicht immer klar gewesen sei, welche Folgen Beschlüsse des Gemeinderats haben könnten. Da sei immer von „Vertun einer Jahrhundertchance“ die Rede gewesen, und jetzt zeige sich, dass auch ein Interimsbeschluss möglich wäre, der zeitlich in etwa der dreijährigen Bindungswirkung eines Bürgerentscheids entspreche.

### Frage lautet, ob sich die Gemeinde für die Planung aussprechen soll

Als Bürgermeister Kaufmann ganz allgemein fragte, ob die Gemeinde eine Stellungnahme zur vorgelegten Planung abgeben solle, gingen gerade mal drei SPD-Hände und die Hand von FWV-Gemeinderat Ralf Widmaier hoch. Die große Mehrheit befürwortete damit den Bürgerentscheid am 23. September, wobei über die Fragestellung schnell Einigkeit im Gremium erzielt war. Gefragt werden soll nicht, ob sich die Gemeinde, wie's noch im Bürgerbegehren formuliert war, gegen die vorliegende Planung aussprechen soll, sondern es soll – „im Sinne der Klarheit“, wie Bernd Wessel sagte – gefragt werden, ob sich die Gemeinde für die Planung aussprechen soll.

Das weitere Verfahren sieht so aus, dass der Bürgerentscheid noch in dieser Woche im Amtsblatt bekannt gemacht wird. Die Fragestellung soll am 23. August veröffentlicht werden. Ohne Frist, aber auf jeden Fall vor dem Bürgerentscheid, müssen die Gemeindeorgane ihre Auffassung zum Thema Ortsumfahrung dargelegt haben. Dies werden, nachdem sich der Gemeinderat nicht auf eine gemeinsame Stellungnahme verständigen kann, der Bürgermeister und die Fraktionen unabhängig voneinander tun. In welcher Form, das bleibt ihnen überlassen. Der Bürgermeister erlaubte sich aber den Hinweis, dass eine solche Stellungnahme im Vorfeld eines Bürgerentscheids laut Gemeindeordnung Pflicht sei.

## Ratlosigkeit

Es kommentiert Hans Pöschko

Es hat sicher schon leichtere Einstiege in ein Bürgermeisteramt gegeben als dem, auf den sich Martin Kaufmann mit dem heiklen Thema Ortsumfahrung einlassen musste. Und der neue Bürgermeister hat gleich die Erfahrung machen müssen, dass es gar nicht so einfach, um nicht zu sagen unmöglich ist, zwischen den widerstreitenden Interessen in der Gemeinde zu vermitteln. Sein gut gemeinter Lösungsweg hat sich nicht als Königsweg erwiesen, weil eine Mehrheit im Gemeinderat offensichtlich der Meinung ist, dass jetzt eine Entscheidung her muss: hopp oder top.

Dass der Gemeinderat jetzt so konsequent auf den Bürgerwillen setzt, ist aber ungeachtet aller diesbezüglichen Beteuerungen weniger Ausdruck einer tiefen basisdemokratischen Grundüberzeugung, als vielmehr der eigenen Rat- und Mutlosigkeit geschuldet. Ein bezeichnender Beleg dafür ist auch die vom Publikum mit heiterer Entrüstung aufgenommene Behauptung von FWV-Sprecher Dietmar Knödler, spätestens jetzt würde der Gemeinderat von sich aus einem Bürgerentscheid das Wort reden. Tatsächlich waren's die Umfahrungsgegner, die diesen Bürgerentscheid gewollt und ihm über den Umweg eines Bürgerbegehrens den Weg gebnet haben. Andererseits war damals noch nicht klar, dass es zur Anfahrtrasse, die von allen Fraktionen spontan als nicht in Frage kommend eingestuft worden war, keine Alternative gibt. Insofern haben sich die Vorzeichen geändert. Wenn der Gemeinderat gleichwohl am Bürgerentscheid festhält, dann

ist das einerseits sein gutes Recht. Glaubwürdiger wäre diese Einstellung aber, wenn FWV- und CDU-Fraktion auch gleich vor der versammelten Öffentlichkeit den Mut aufgebracht hätten zu sagen, ob sie weiterhin für oder ob sie mittlerweile gegen eine Umfahrung sind. Auf diese Stellungnahmen im Vorfeld des Bürgerentscheids, um die beide Fraktionen nicht herumkommen, darf man ganz besonders gespannt sein.

Was die Fragestellung des Bürgerentscheids angeht, so hat die jetzt gefundene Formulierung, ob die Bürger für die Planung sind, auf jeden Fall den Vorteil der Klarheit: Wer dafür ist, stimmt mit Ja, wer dagegen ist, mit Nein. Spannend wird vor allem sein, ob eine der beiden Seiten das so genannte Quorum schafft, es ihr also gelingt, 25 Prozent aller stimmberechtigten Bürger für ihre Position zu mobilisieren. Wenn es eine Mehrheit dafür oder dagegen gibt, ohne Erreichen des Quorums, wäre wieder der Gemeinderat gefordert. Für Bürgermeister Kaufmann ist aber für diesen Fall schon klar, dass auch das Votum einer einfachen Mehrheit für das weitere Vorgehen in Sachen Ortsumfahrung bindend ist.

Dann wird sich auch zeigen, was der Runde Tisch wert ist, an dem sich gestern zum ersten Mal der Bürgermeister und Vertreter der beiden Bürgerinitiativen getroffen haben. Absichtserklärungen, das Votum der Bürger auch im Falle einer Niederlage zu akzeptieren, sind eine Sache. Eine andere, konstruktiv an einer Lösung mitzuwirken, die den eigenen Wunschvorstellungen nicht entspricht. Viel wird da am neuen Bürgermeister und seinem glaubwürdigen Bemühen liegen, den Interessen beider Seiten Rechnung tragen zu wollen. Auch wenn das derzeit noch unmöglich scheint.



Martin Kaufmanns Einstand im Rudersberger Gemeinderat: Mal blätterte er mit ernster Miene in der Gemeindeordnung, mal machte er heitere Miene zu einem Spiel, in dem er mit seinem Vorschlag, den Planungsprozess zu unterbrechen und den Bürgerentscheid um ein paar Jahre hinauszuschieben, auf verlorenem Posten stand.



## Urbach Gemeinderat in Kürze

### Vergabe (I)

(mik). Eigentlich hätte der Gemeinderat die Rohbauarbeiten für den Anbau der Wittumschule vergeben sollen. Weil aber die Zeit nicht reichte, wurde die Vergabe an den Technischen Ausschuss delegiert. Sie musste noch vor der Sitzungspause erfolgen, weil mit den recht lärmintensiven Erdarbeiten bereits Mitte August begonnen wird. Die Rohbauarbeiten wurden an die Firma Georg Stegmaier aus Aalen vergeben. Ihr Angebot von 220 500 Euro war das günstigste aller sechs Bieter, die Offerten abgegeben hatten. Die Angebotssumme von Stegmaier liegt um etwa 17 000 Euro über der Kostenschätzung des Architekten. Die Urbacher Bauverwaltung führt das auf die weiterhin seit Anfang des Jahres steigenden Baupreise zurück. Die Vergabeentscheidung erfolgte einstimmig.

### Vergabe (II)

Weil die Nachfrage sehr groß ist, müssen die Urnenwände auf dem Urbacher Friedhof erweitert werden. Das ist bereits beschlossene Sache. Der Gemeinderat hat jetzt auch die Natursteinarbeiten vergeben. Zum Zug kommt die einheimische Firma Grünbau mit einer Gesamtauftragssumme von brutto 26 900 Euro. Sie hat auch schon den ersten Teil der Wand hergestellt. Die Arbeiten sollen im September ausgeführt werden. Die Vergabe erfolgte einstimmig. FW-Fraktionsvorsitzender Alfred Blümle sprach allerdings die Probleme mit den „Ausblühungen“ an. Die Bevölkerung habe sich darüber echauffert, „vornehm ausgedrückt“. Derartige solle künftig vermieden werden. CDU-Fraktionschef Hans Exler wollte wissen, ob die an der bestehenden Wand noch vorhandenen sieben Urnenkammern ausreichen, bis die neuen fertig sind. „Das kann niemand sagen“, antwortete der Urbacher Bauamtsleiter Karl Hinderer. Er beruhigte aber auch etwas: „Rein statistisch reicht es.“

### Vergabe (III)

Den größten Brocken bei den Vergaben machten die Kanal-, Wasserleitungs- und Straßenbauarbeiten in der Spitalgasse sowie die Kanal- und Wasserleitungsarbeiten in der Wasenmühle aus. 212 100 Euro fallen in der Spitalgasse an, 207 700 in der Wasenmühle. Den Zuschlag erhielten die jeweils günstigsten Bieter. In der Spitalgasse ist das die Firma Rossaro aus Aalen, in der Wasenmühle der Alldorfer Betrieb Hans Bauer. Bereits im Vorfeld der Ausschreibung war klar gewesen, dass die Arbeiten weit teurer werden, als in der Kostenschätzung angegeben. Im Raum stand eine Summe von an die 130 000 Euro. Es werden jedoch Mehrkosten von „nur“ 100 000 Euro entstehen. Ein Umstand, der laut Bürgermeister Jörg Hetzinger „erfreulich“ ist.



**Adelberg:** Wellenbad „Montemaris“, 10 bis 22 Uhr geöffnet.

**Plüderhausen:** Gemeindebücherei, Hauptstraße 56, geöffnet 9.30 bis 11 Uhr.

**Plüderhausen:** Ski-Club-Sportangebot – Radtreff, 18.30 Uhr, Radsport Messerschmidt, Birkenallee.

**Urbach:** Mediathek, Rathaus, Kirchplatz 1, geöffnet 10 bis 14 Uhr.

**Urbach:** Jugendhaus „UYC“, Seebrunnweg, 15 bis 17.30 Uhr, Teenietag; 17.30 bis 19.30 Uhr Mädchenabend für 12-14 Jahre.

**Urbach:** Jogging, Walking und Nordic Walking, 19 Uhr, ab Atriumschule.

**Urbach:** Ausstellung im Schloss – Fantasien in Acryl und Eitempera von Erich Brey; Teddybären von Evi Fuchs, 10 bis 18 Uhr.

**Urbach:** Ausstellung im Täle – Acrylbilder von Bernd Czysch, 17 bis 24 Uhr.

**Remshalden-Geradstetten:** SV – Training fürs Sportabzeichen, 19 Uhr, Sportanlage Wilhelm-Enßle-Halle.

**Remshalden-Geradstetten:** Künstlergruppe Texte & Zeichen – Ausstellung „(M)eine Heimat ist...“, Foyer AWO-Pflegeheim.

**Remshalden-Grunbach:** Aktivspielplatz, Daimlerstraße, 10 bis 18 Uhr geöffnet; Ferienprogramm ab 11 Uhr.

**Remshalden-Grunbach:** SV-Gesundheits-sport – Koronar- und Diabetes, 18.15 bis 19.15 Uhr, Jahnhalle.

**Rudersberg-Steinberg:** Sportfreunde – Nordic Walking, 18.30 Uhr, Gemeindehalle.

**Winterbach:** Katholische Bücherei, Adlerstraße 13, geöffnet von 16.30 bis 18 Uhr.